

Nicht uneigennützig

Wenn Superreiche spenden, sind meist Hintergedanken im Spiel. Seite 2



Nicht unrentabel

In Marokko profitiert eine ganze Region vom Cannabis-Anbau. Seite 3

Foto: fotolia/Angela Ravaoli

Nicht unumstritten

Soziologe Ruud Koopmans über die Kultur der Mitte. Seite 15

Foto: iStock/sebastian-julian

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Dienstag, 23. August 2016

71. Jahrgang/Nr. 197

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT

Der andere Geist von Ventotene

Tom Strohschneider über das Treffen Merkel, Renzi und Hollande

Politische Auseinandersetzung ist immer auch eine um Symbole. Etwa, wenn sich die Spitzen von drei EU-Gründungsstaaten vor der italienischen Insel Ventotene auf einem Kriegsschiff in Reformpose werfen. Doch mit dem, wofür dieser Ort steht, hat das Treffen nichts zu tun.

Nach dem Brexit-Schock ist viel davon die Rede, dass die Staatenunion »von Grund auf« erneuert gehört – oder ob das überhaupt nötig sei. Merkel hat wenig Interesse, etwas an deutscher Dominanz und Austeritätskurs zu ändern. Hollande startete seine Präsidentschaft mit dem Versprechen einer europapolitischen Wende weg von Kürzungsdiktat und ökonomischen Ungleichgewichten – aber ihm glaubt schon lange keiner mehr. Und Renzi plagen zuvörderst innenpolitische Sorgen.

Was wäre eigentlich, würde man seinen Ausspruch ernst nehmen, demzufolge die EU »die italienischen Werte« braucht, womit er den Geist jener Insel meint, das »Manifest von Ventotene«? Der italienische Antifaschist Spinelli und andere hatten darin 1941 die Vision eines demokratisch-sozialistischen Europas entfaltet. Zu Vordenkern der real existierenden EU lassen sie sich nicht zurechtbiegen. Aber sie geben denen, die ein anderes Europa anstreben noch immer eines mit auf den Weg: Wer die »Emanzipation der arbeitenden Klassen« durchsetzen will, muss europäisch denken und handeln. Oder, um es mit dem »Manifest« zu sagen: »Der Weg wird weder bequem noch sicher sein. Wir müssen ihn jedoch beschreiten.«

UNTEN LINKS

Erstaunlicherweise herrscht gerade in Kreisen, die man für besonders libertär halten könnte, manch strenge Sitte. So etwa bei den **Künstlern**, die ja ansonsten frei von der Leber weg pinseln, hämmern oder installieren. Wer zu ihrer Zunft gehören oder auch nur im weitesten Sinne ein Künstlerdasein führen möchte, wird offenbar unter Androhung grausamer Strafen gezwungen, in biografischen Kurzangaben zu seiner Person die Worte »lebt und arbeitet in« unterzubringen. Darauf folgt mindestens eine Metropole, besser zwei, niemals aber drei. Die erste darf sich im deutschsprachigen Raum befinden; da kommen Berlin, Hamburg, München, Zürich und Wien in Frage. Die zweite Metropole sollte auf einem anderen Kontinent gelegen sein. Also etwa so: »Erika Mustermann lebt und arbeitet in Berlin und Tokio.« Oder: »Max Mustermann lebt und arbeitet in Wien und New York.« Wie man dies bewerkstelligt, weiß kein gewöhnlicher Mensch. Sicherlich ist es eine Kunst. *rst*



Fotos: fotolia/holoholo, 123rf/wirojsid [M]

Bundeswehr beendet Auslandseinsatz

Den Olympischen Spielen in Rio folgt Streit um die Sportförderung – und die Rolle des Militärs dabei

Berlin. Ob die 42 Medaillen, die bundesdeutsche Sportler aus Rio mitbringen, nun »zu wenig« oder »gerade so ausreichend« sind, das dürfte jetzt abermals zum großen Streitthema der Sportförderung werden. Vor Ende des Jahres soll eine Reform präsentiert werden, und der Druck im sportpolitischen Kessel ist groß. Wie eine Drohung schwebt über allem ein Brief aus dem Innenministerium, laut dem 2017 die Mittel für das Leistungssportpersonal um ein Viertel geringer ausfallen sollen.

Es geht um Geld für den so genannten Spitzensport. Um viel Geld. Und das in Zeiten, in denen 73 Prozent der Bundesbürger zu er-

kennen geben, dass sie eher eine Förderung des Breitensports wünschen. Da werden Medaillen für die Verbände zur baren Münze im Geschäft um die Förderung.

Kritikern stößt freilich noch anderes auf. Etwa die in Medaillenspiegel gegossene Länderkonkurrenz, bei der der olympische Gedanke der »Völkerverständigung« zu einem des Wettbewerbs zwischen Staaten schrumpft. Auf Ablehnung stieß in den vergangenen Wochen zudem das Gebaren der Bundeswehr, die als einer der wichtigen Sportförderer die Spiele in Brasilien zur Anwerbung von Soldaten nutzen wollte: mit einer Kampagne, in der sich das Mi-

litär zum »Ausbilder von Vorbildern« stilisierte und Parolen prägte wie: »Wir kämpfen für die Freiheit. Und um Medaillen.« Die Kirche reagierte empört, die Friedensgesellschaft DFG-VK kritisierte, die Bundeswehr nutze Sportler »als Lockmittel für die militärische Laufbahn«.

Über 100 Sportsoldaten zählte die deutsche Mannschaft insgesamt. Rund 35 Millionen Euro lässt sich die Armee die Sportförderung kosten. Nun beendet die Bundeswehr ihren Auslandseinsatz in Rio. Und stolz wird verkündet: »44 Prozent der deutschen Medaillen wurden von Sportlern der Bundeswehr gewonnen.« *tos* *Seiten 19 und 20*

Gipfel auf dem Flugzeugträger

Merkel, Renzi und Hollande wollen ein Zeichen für ein Europa nach dem britischen Austritt setzen

Die Regierungschefs Deutschlands, Frankreichs und Italiens haben zur Vorbereitung des EU-Gipfels im September beraten. Sie tagten auf dem italienischen Flugzeugträger Garibaldi.

Von Wolf H. Wagner, Florenz

Es sollte ein deutliches Zeichen für ein neues Europa, eines nach dem britischen Austritt, gesetzt werden. Angela Merkel, François Hollande und Matteo Renzi, die führenden Politiker aus drei der wichtigsten Wirtschaften des Kontinents, trafen sich am Montag zu einem vorbereitenden Gipfel für das EU-Treffen der verbleibenden 27.

Bevor sich am 16. September alle Mitglieder der Union in Bratislava versammeln, wollte das Dreiergremium die Richtlinie vorgeben. Auf der Agenda standen sowohl die Flüchtlingsproblematik als auch die andauernde Finanz- und Wirtschaftskrise, die durch den Brexit noch verschärft wurde.

Besonders Renzi bedarf der Rückendeckung seiner potenten Kollegen, um seine Wirtschafts- und Bankenrettungspläne mit Abnicken Brüssels durchsetzen zu können. Denn obgleich die Finanzwirtschaft Italiens einen Rettungsplan ausgearbeitet hatte, dürfte der wohl kaum ohne staatliche Unterstützung zu vollziehen sein.

Kein Wunder, dass Renzi seine eigene Vision von Europa mitbrachte: »Wir wollen ein neues Europa der Werte, und nicht eines, dass von den Finanzen bestimmt ist«, betonte er. Er forderte mehr Solidarität, mehr Kompetenzen nach Brüssel, Infrastrukturprojekte, bei denen die gesamte EU eingebunden ist. Ein Schachzug, der sich für Italien günstig auswirken könnte: Ein Einbinden der großen Nationen Europas in die Wirtschaftsproblematik des Kontinents könnte Lasten von Rom nehmen. Fraglich bleibt, ob die anderen mitziehen. Merkel und Hollande zeigten sich eher zurückhaltend.

Dass Renzi ausgerechnet nach Ventotene und auf den Flugzeugträger »Garibaldi« einlud, hatte Symbolcharakter: Auf der Insel schrieb der von Mussolini inhaft-

Mit dem Gipfeltreffen von Ventotene demonstrierten die drei Spitzenpolitiker des Westens Geschlossenheit.

tierte Kommunist und Europavordenker Altiero Spinelli sein »Manifest für ein freies und einig Europa«, ein Dokument, das 1947 Grundlage für die Römischen Verträge sein sollte. Von hier aus wollte Renzi nun den Neuanfang starten. Der Flugzeugträger ist die Kommandozentrale der Frontex-Aktion EuNavFor, mit der die Außengrenze im Mittelmeer

überwacht und die Flüchtlingsströme reguliert werden sollen.

Dass der Dreiergipfel in der letzten Augustdekade anberaumt wurde, ist ein Zeichen vor allem an die östlichen EU-Mitglieder. Derzeit übt Bratislava die EU-Präsidentschaft aus. Doch sowohl die Slowakei als auch die übrigen Visegrad-Staaten Polen, Tschechien und Ungarn wehren sich gegen die von Brüssel und Berlin vorgeschlagenen Lösungen in der Flüchtlingskrise. Mit dem Gipfel von Ventotene demonstrierten die drei Spitzenpolitiker des Westens Geschlossenheit. Ein Signal auch nach innen: Alle drei haben mit starken euroskeptischen Strömungen zu kämpfen. Renzi mit der Lega Nord, Merkel mit der AfD und Hollande mit dem Front National.

Die jetzt im Tyrrhenischen Meer demonstrierte Geschlossenheit kann auch als ein Signal gegen die – wie Kanzlerin Merkel es ausdrückte – »Fliehkräfte, die zu einer Spaltung Europas führen« sein.

Auch Daimler hat Streit mit Prevent

Kurzarbeit in mehreren VW-Werken Politik fordert schnelle Lösungen

Wolfsburg. Wegen des Streits mit zwei Zulieferfirmen haben VW-Werke ihre Produktion gedrosselt. In Wolfsburg, Zwickau und Braunschweig führte VW ab Montag »Flexibilisierungsmaßnahmen bis hin zu Kurzarbeit« in Teilen der Fertigung ein, wie der Autobauer mitteilte. In den kommenden Tagen drohten vergleichbare Maßnahmen in Salzgitter und Kassel.

Am Montag trafen sich Vertreter des Autobauers und der Zulieferer. Die zur bosnischen Prevent-Gruppe gehörenden Firmen weigern sich trotz einstweiliger Verfügungen, Getriebeteile und Sitzbezüge auszuliefern. Das Bundeswirtschaftsministerium und der sächsische Wirtschaftsminister riefen alle beteiligten Firmen zu einer schnellen Lösung auf. Es gehe um tausende Jobs.

Auch Daimler hat Streit mit Prevent. Laut einer Sprecherin bekam Daimler bei einer »gerichtliche Auseinandersetzung« vor dem Stuttgarter Oberlandesgericht Recht. Prevent betreibt nun ein Verfahren am Braunschweiger Landgericht. *dpa/nd* *Seite 9*

Türkei will IS von der Grenze drängen

Islamisten sollen Anschlag mit 54 Toten in Gaziantep verübt haben

Istanbul. Die Türkei will die Terrormiliz Islamischer Staat (IS) von der türkisch-syrischen Grenze zurückdrängen. »Unsere Grenze muss vollständig von Daesh (IS) gesäubert werden«, sagte Außenminister Mevlüt Cavusoglu am Montag vor Journalisten in Ankara, zwei Tage nach dem Anschlag auf eine kurdische Hochzeit im südosttürkischen Gaziantep. Die Türkei macht den IS für das Attentat am Samstagabend verantwortlich, bei dem mindestens 54 Menschen getötet wurden. Unter den Opfern sind vor allem Kinder und Jugendliche. Der Sender CNN Türk berichtete, 29 der bereits identifizierten Toten seien unter 18 Jahre. Für den Selbstmordanschlag soll ein 12 bis 14 Jahre altes Kind benutzt worden sein, dessen Identität jedoch noch unklar ist.

Die türkische Zeitung »Hürriyet« berichtete am Montag, auf Überwachungskameras in Gaziantep sei zu sehen, dass das Kind von zwei Personen begleitet worden sei. Sie hätten sich entfernt, bevor die Bombe detonierte. *dpa/nd* *Kommentar Seite 4*

Moskaus Bomber nicht mehr in Iran

Teheran klagt über Geschwätzigkeit

Berlin. Die Kooperation Russlands mit Iran bei Angriffen auf Anti-Assad-Gruppierungen in Syrien hat plötzlich zu politischen Spannungen geführt. Der iranische Verteidigungsminister Hossein Dehghan kritisierte, dass Russland die Kooperation öffentlich gemacht habe. Das sei »eine Art Angeberei und unfein«, wurde er auf der Webseite des Staatsfernsehens zitiert. »Die Russen wollen damit zeigen, dass sie eine Supermacht sind«, fügte Dehghan hinzu. »Das war so nicht abgemacht.« Deshalb werde die Zusammenarbeit mit Russland vorläufig beendet.

Die russische Luftwaffe hatte den iranischen Stützpunkt Hamadan genutzt, um den Flugweg von Tu-22M3- und Su-34-Bombern zu verkürzen. Das ermöglichte eine größere Waffenlast. Tatsache ist allerdings, dass Moskau die Kooperation erst bestätigt hatte, nachdem iranische Medien über die Flüge der russischen Bomber informiert hatten und die Nachricht via Internet weltweit verbreitet wurde. Neben Iran hat mittlerweile auch Irak seinen Luftraum für Russlands Luftwaffe geöffnet. *hei*

